



Ist eine Jugendvertretung in der Stadt gewollt?

In der Aprilausgabe des Amtsblattes – erschienen kurz vor dem Osterfest – habe ich bereits kurz über die Situation bzw. den Arbeitsstand zur Errichtung einer Kinder- und Jugendvertretung in und für die Stadt Dessau-Roßlau informiert. Ich möchte dies an dieser Stelle vertiefen, denn es gab ein sehr interessantes Gespräch im Rahmen eines Erfahrungsaustausches (EAT) mit funktionierenden Jugendgemeinderäten bzw. Jugendbeiräten am 26. Februar dieses Jahres in unserer Fraktion.

Seit August 2017 wird mit dem Aufruf der Linksjugend (Vertreter Paul Reinhardt) das klare Ziel verfolgt „einen Kinder- und Jugendbeirat auf die Beine zu stellen“. Die von der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat eingebrachte, entsprechende Beschlussvorlage wurde im Oktober 2021 einstimmig beschlossen. Es folgte die geforderte Änderung der Hauptsatzung der Stadt einen hauptamtlichen kommunalen Kinder- und Jugendbeauftragten zu bestellen mit Beschluss im April 2022.

Dazwischen wurde eine Online-Befragung durchgeführt, in der 7- bis 21-jährige zur Lebenssituation junger Menschen Stellung bezogen. Im Januar 2022 erschien dazu eine über 300-seitige Broschüre. Seit September 2023 „besitzt“ die Stadt eine hauptamtliche Kinder- und Jugendbeauftragte. Und....Anzeichen für die Bildung einer Jugendvertretung in der Stadt Dessau-Roßlau gibt es bis

heute nicht! Dass Jugendräte in verschiedener Art und Form existieren und auf ihre Belange eingegangen wird, zeigten uns im besagten EAT die Vertretungen aus Aken und Muldestausee.

John Matthias Kaube, Mitglied im Jugendbeirat Aken (Elbe), bestehend aus fünf Mitgliedern, berichtete über die finanziellen Schwierigkeiten, Angebote, Projekte oder Vorhaben der Jugend durchzusetzen, weil ein entsprechendes Budget im Haushalt der Stadt noch nicht vorhanden ist. Erstaunlich ist hier aber der Wille der Kinder- und Jugendlichen für ihre Bedürfnisse etwas zu bewegen.

Anders und viel besser sieht es da in Einheitsgemeinde Muldenstausee aus, die aus 13 Ortsteilen besteht. Fast ein „Vorzeige-Jugendgemeinderat“, da unser Gesprächspartner nicht nur der Bürgermeister Ferid Giebler war, sondern die Interessenvertretung von 13 Kindern und Jugendlichen, die auf die Politik Einfluss nimmt, ein jährliches Budget von 6.000 € hat und die Mitglieder sogar eine Aufwandsentschädigung genauso wie der Gemeinderat erhalten.

In dieser Ausgabe:

Jugendvertretung in der Stadt

Seite 1

Gesamtmitgliederversammlung
Nie wieder 1932

Seite 2

Landtagsticker Teil 1

Seite 3-4

Kommunalwahlprogramm für
die Stadt Dessau-Roßlau

Seite 5-16

Landtagsticker Teil 2

Seite 17-18

Termine und Buchvorstellung

Seite 11-12



Ausschlaggebend und Garantie für diese erfolgreiche und

initiativ-reiche Jugendvertretung sehe ich darin, dass sich der Bürgermeister an die Spitze stellt, der Jugendrat Teil des Gemeinderates ist, eine Stimme im Sozialausschuss hat, Rederecht erhält und die Akzeptanz in den Vordergrund steht, frei nach den Worten: „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!“.

Entscheidend für mich ist es, dass das Thema Jugendvertretung in der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau endlich ernst genommen wird, der Oberbürgermeister voran geht und, dass sich Kinder- und Jugendliche finden, die das auch möchten. Um das weiter voran zu treiben, haben wir im Amtsblattartikel darum gebeten, dass Kinder- und/oder Jugendliche sich in der Fraktion melden möchten, wenn eine Bereitschaft besteht an diesem Vorhaben mitzuwirken. Dabei können auch die Leser der Typisch mithelfen.

Hans-Joachim Pätzold, Fraktionsmitarbeiter

Gesamtmitgliederversammlung am 24. Februar 2024

Unsere Kandidaten der Wahlkreise I bis VI

Wahlkreis I
Michael Berghäuser, Paul Nolte, Uwe Britze

Wahlkreis II
Ulrike Brösner, Dirk Neuthor, Manfred Semper

Wahlkreis III
Frank Hoffmann, Otto-Harald Krüger, Heiko Nickel, Sabine Stabbert-Kühl

Wahlkreis IV
Heidemarie Ehlert, Timm Szelejewski, Michael Rösch



Wahlkreis V
Ralf Schönemann, Kevin Goldhahn, Joachim Ullrich

Wahlkreis VI
Lutz Fessel, Peter Vester, Michael Schmidt

Unsere Kandidaten für die Ortschaftsräte

Großkühnau
Kevin Goldhahn

Kochstedt
Timm Szelejewski

Mildensee
Manfred Semper

Roßlau
Peter Vester, Michael Schmidt, Lutz Fessel

Waldersee
Heidi Mertens, Thomas Bergfel

„NIE WIEDER 1932“ – DEMONSTRATION

Aufruf:
27.04.2024 | 13:00 | Hauptbahnhof | Dessau

Liebe Mitstreiter- und Unterstützer*innen, Bitte leitet diesen an möglichst viele Interessierte weiter. Es ist wichtiger denn je.

Im April 1932 gewannen bei der Landtagswahl im Freistaat Anhalt die Nazis über 40 Prozent der Stimmen. Die von der NSDAP geführte Regierungskoalition schlug Alfred Freyberg zum Ministerpräsidenten vor, er wurde vom Landtag zum Regierungschef gewählt. Der völkisch, rassistisch und sozialdarwinistisch auftretende Freyberg ließ bereits am 1. September 1932 den Schulerlass über „die Pflege des völkischen Gedankens“ veröffentlichen. Er verpflichtete die Schulen damit, im Unterricht das Gefühl für ‚Rassenzugehörigkeit und germanisches Erbgut‘ wiederzubeleben.

79 Jahre nach der Zerschlagung der Nazidiktatur sitzt die faschistische AfD im Bundestag und drückt über die Niederlage ihr Bedauern aus (Weidel). Die AfD propagiert die Ungleichheit der Menschen und appelliert an die niedrigsten Instinkte ihrer Gefolgschaft. Dabei trifft sie auf eine von Krieg, Flucht, Umwelterstörung und kapitalistischen Konkurrenzkampf verrohte Gesellschaft, bei der sie viele offene Türen einrennt. In diesem Land, wo (geflüchtete) Menschen als „die Mutter aller Probleme“ (Seehofer) wahrgenommen werden, wo in Nützliche und Überflüssige selektiert wird, wo den Niederträchtigen mit hohen Abschiebezahlen entgegengekommen wird, können

die Faschist*innen der AfD zu Recht behaupten, sie seien die politischen Vorreiter.

Innerhalb von 3 Tagen werden 100 Milliarden Euro für Mordwerkzeug unter Bravorufen von Bundestagsabgeordneten bereitgestellt. Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge, etwa ins Gesundheitswesen oder den ÖPNV, werden dagegen kaum erhöht. Statt sozialen Wohnraum zu fördern, werden Mieten durch staatliche Zuschüsse in die Höhe getrieben und auch damit Neid und Missgunst in der Bevölkerung genährt zum Vorteil der faschistischen AfD. Überall wird materieller Überfluss bewundert, die das eigene Leben verhindernde Lohnarbeit als absolut notwendig, ihr Verlust als das Ende der eigenen Existenz gesehen. Gleichzeitig steigert dieses Menschenbild den Hass auf die „Faulen“, die „Schwachen“, die „Überflüssigen“, die „Anderen“. Nur die Befreiung des Menschen aus seiner eigenen, kapitalistischen Unmündigkeit hin zu einer Gesellschaft der Freien und Gleichen wird der faschistischen Ideologie den Untergang bereiten. Erst wenn die materielle Existenz gesichert, die gesellschaftlich notwendige Arbeit gerecht verteilt und auf das notwendige Minimum beschränkt ist, kann ein Zusammenleben entstehen, in dem die Stellung des Individuums nicht mehr durch seine Möglichkeiten der Ressourcenverschwendung kommuniziert wird sondern durch seine Würde und Einzigartigkeit.

2024 stehen viele Wahlen an. Während die AfD sich keine Mühe mehr macht, ihre menschenfeindlichen Ziele zu verschleiern, bewegen sich auch Angebote anderer Parteien zwischen Entlastungen für Reiche, Arbeitszwang für Arme und „Ausländer raus!“

Damit wir nicht wieder Verhältnisse wie ab 1932 bekommen, rufen wir alle dazu auf, nur Par-

teien zu wählen, die sich den Menschenrechtskonventionen verpflichtet haben, zur Idee eines offenen Europa stehen und das Grundgesetz achten.

Mit antifaschistischen Grüßen
Bündnis Dessau Nazifrei

Landtagsticker zur Landtagssitzung am 20. und 21. März (Teil 1)

Schuldenbremse reformieren – für Zukunftsinvestitionen und sozialen Ausgleich

Der wirtschaftliche und soziale Stillstand und die ausbleibende Erholung nach der Corona-Pandemie führen dazu, dass die Akzeptanz des politischen Systems sinkt und seine demokratischen Grundwerte zunehmend infrage gestellt werden. Um den notwendigen Transformationen gerecht zu werden und die daraus resultierenden sozialen Belastungen auszugleichen, ist eine substanzielle Reform der Schuldenbremse unabdingbar. Dazu gibt es eine Vielzahl von Positionierungen, auch des Ministerpräsidenten, die politische Konsequenzen haben müssen. Vor diesem Hintergrund hat die Fraktion Die Linke eine aktuelle Debatte beantragt und einen Antrag (Drs. 8/3880) formuliert.

Obwohl die Fraktion Die Linke grundsätzlich für die Aufhebung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen zur Schuldenbremse eintritt, beschränkt sich der vorliegende Antrag auf die Umsetzung der Vorschläge des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zur Reform der Schuldenbremse. Der aktuelle Investitionsstau sowohl in Infrastruktur als auch in Bildung und Entwicklung und die daraus resultierende Stagnation der wirtschaftlichen Entwick-

lung und zunehmender sozialer Spannungen führen dazu, dass ehemals entschiedene Befürworter einer radikalen Schuldenbremse ihre Position deutlich revidieren.

Der wirtschaftspolitische Sprecher **Wulf Gallert** betonte in seiner Rede: „Es geht uns heute bei dieser Aktuellen Debatte dezidiert nicht nur um eine finanzpolitische Diskussion, sondern vor allen Dingen um eine Debatte darüber, warum wir als Bundesrepublik Deutschland zurzeit einen so miserablen Auftritt haben, was die wirtschaftliche Entwicklung angeht.“ Für die schwierige Situation machte er unter anderem fünf Themen als Ursache aus: die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, die Abhängigkeit vom Exportüberschuss, den riesigen Investitionsstau in den Bereichen Infrastruktur, Bildung und Forschung, das Verschlafen von Transformation und Digitalisierung sowie die absolute Konzeptionslosigkeit im Umgang mit dem demografischen Wandel. Das habe verschiedene Facetten. „Wir haben zum einen das absehbar vollkommene Desaster bei der Kindergrundsicherung und dem daraus resultierenden großen Armutsrisiko im Bereich der Kinder. Wir haben eine vollkommen desaströse Einwanderungspolitik.“

Einer der zentralen Gründe, warum wir in diesen Bereichen, vor allen Dingen bei der Transformation und bei Investitionen in die Infrastruktur, Schwierigkeiten haben, seien fehlende öffentliche Mittel aufgrund erstens einer falschen Steuerpolitik. Gleichzeitig haben wir eine Schuldenbremse. Diese Schuldenbremse verhindere, dass wir vernünftige Infrastrukturmaßnahmen, vernünftige Transformationsmaßnahmen durchführen können, und die verhindere, dass wir mit unserer wirtschaftlichen Entwicklung endlich wieder aus dem Knick kommen.

Der Antrag wurde in den Finanzausschuss überwiesen.

Reformen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk endlich umsetzen

Stefan Gebhardt, medienpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke, sagte in der Aktuellen Debatte um die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Landtag: „Seit Jahren gibt es in regelmäßigen Abständen aufgeregte Debatten um Beitragsdebatten, wenn es um Erhöhungen im Cent-Bereich geht. Ich würde mir wünschen, dass Debatten mit so einer Vehemenz mal geführt werden, wenn es beispielsweise um Kitabeträge geht oder um kostenfreie Bildung oder kostenfreies Schullehen. Da ist es immer erstaunlich ruhig in der CDU-Fraktion.“

Die CDU hat Recht, wenn sie sagt, wir haben sinkende Werte, was das Vertrauen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk betrifft und die Bereitschaft, dafür jeden Monat über 18 Euro zu bezahlen. Vor allem haben zahlreiche Skandale die rückblickende Zeit beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk geprägt. Dennoch sage ich klar und deutlich: Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk ist für eine Demokratie unerlässlich. Er soll die Rundfunkfreiheit, die Medien- und Pressefreiheit garantieren. Er soll staatsfern und marktunabhängig sein. Und unterliegt einem klaren gesetzlichen Auftrag.

Wie nun weiter in der aktuellen Beitragsdebatte? Die Erfahrungen vom letzten Mal sollten doch allen eine Lehre sein. Außer Getöse und noch mehr Kosten für die Allgemeinheit kam hierbei nichts heraus. Was also tun, wenn man es wirklich ernst meint, mit einem ausfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk und der Verhinderung einer Beitragserhöhung?

Das Gebot der Staatsferne muss sich aber nicht nur in der Finanzierung und Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks widerspiegeln, sondern auch im Programm. Was eben nicht geht, ist dass sich im MDR bei den politischen Formaten die Koalitionspartner gegenseitig die Klinke in die Hand geben und der Ministerpräsident quasi eine Dauerwerbeseinblendung bekommt. Solche programmlichen Entscheidungen sind Wasser auf die Mühlen von denen, die vom Regierungs- bzw. Staatsrundfunk sprechen. Wenn es nicht endlich gelingt, Reformen nicht nur anzukündigen oder von anderen Anstalten einzufordern, dann wird das alles nichts.

Wir haben vorgeschlagen, eine ostdeutsche Anstalt zu gründen und damit eine starke Stimme im Osten zu haben.“

Schulnetz erhalten und bedarfsgerecht ausbauen

Vom Schuljahr 2010/11 bis zum laufenden Schuljahr 2023/24 hat sich so die Zahl der Schüler:innen um mehr als 26.000 erhöht, was einem Zuwachs von 16 v. H. entspricht. Im gleichen Zeitraum wurden ca. 130 Schulen geschlossen. Nachdem die Schulschließungen in der 7. Wahlperiode endlich weitgehend zum Erliegen gekommen waren, haben die ersten beiden Jahre der Anwendung der Schulentwicklungsplanung 2022 zu deutlichen Verwerfungen der weiterführenden Schulen mit eigener Sekundarstufe II geführt. Mehrfache Forderungen des Landesschulamtes im Zuge der Genehmigungsverfahren von Schulentwicklungsplänen der Landkreise und kreisfreien Städte, bisher bestandsfähige Gymnasien zu unmäßig großen und auf mehrere Standorte verteilten „Schulfabriken“ zu fusionieren, sind ein wesentlicher Teil der negativen Auswir-

kungen der neuen Verordnung. Deshalb fordert Die Linke in ihrem Antrag (Drs. 8/3873), dass die Vorgaben zur Schulentwicklungsplanung korrigiert werden und das Schulnetz erhalten und bedarfsgerecht ausgebaut wird.

Die Schäden im Schulnetz stehen in keinem Verhältnis zu der Einsparung von Personalstellen von etwa 120 bis 140 Vollzeitlehrereinheiten, was etwa 1 v. H. des Gesamtlehrkräftebedarfs des Landes entspricht. Die Forderung aus der SEPI-VO 2022, führen dazu, dass Schulneugründungen praktisch nicht mehr möglich sind und Schulträger gehindert werden, für ein regional ausgeglichenes und leistungsfähiges Bildungsangebot zu sorgen. Dies widerspricht – wie im Fall des aus diesen Gründen abgelehnten Antrages der Stadt Halle auf die Gründung einer 4. Integrierten Gesamtschule – in eklatanter Weise den Bildungsinteressen der Eltern für ihre Kinder.

Der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, Thomas Lippmann, führte über die Entwicklung in der Vergangenheit aus, die zu einem massiven Schulsterben geführt habe. Die gleiche Situation drohe derzeit aufgrund der Verschärfung der Vorgaben für das Bestehen von Schulen erneut. Dies dürfe jedoch nicht weiter so gehen. Denn es gehe um ein bedarfsgerechtes öffentliches Bildungsangebot, gemäß dem Auftrag des Landes. Auch die damit verbundene Aussage, dass es um die Sicherung der Qualität gehe, sei nicht richtig, weil sich durch die immer weitere Konzentration der Schulstandorte die Bedingungen für Schüler:innen und Lehrer:innen, insbesondere durch immer längere Fahrwege und viel zu große Schulen, verschlechterten.

Der Antrag wurde in den Bildungsausschuss überwiesen.

Kommunalwahlprogramm 2024/ 2029

Dessau-Roßlau ist Anhalt, Deutschland und Europa. Geben wir unserer Stadt das Selbstbewusstsein zurück!

Zunächst in eigener Sache

Dessau-Roßlau, eine Stadt mit Potenzial, das sie endlich nutzen muss

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

wer hätte gedacht, dass es heute in Europa wieder Krieg gibt? Wer hätte geahnt, dass Aufrüstung statt Abrüstung Ziel von Politik sein soll? Wer hätte geahnt, dass statt Friedensverhandlungen zu führen, die herrschende Politik die „Kriegsmüdigkeit“ überwinden will? Haben wir wieder den Krieg als Mittel der Politik?

Das macht Angst. Dieser Krieg beeinflusst alle Bereiche unseres Lebens. Ungeachtet der Fragen des Alltages hat der Krieg auch die gesellschaftliche Debatte verändert. Waffenlieferungen Ja, oder Nein? Friedensverhandlungen Ja, oder Nein? Solidarität steht außer Frage, aber wie? Und wieder fliehen Menschen vor den Folgen eines Krieges und viele davon nach Deutschland.

Und in Deutschland macht eine Regierung ständig handwerkliche politische Fehler und streicht zum Beispiel die Agrarsubventionen. Das Vertrauen der Menschen in die Demokratie wird aufs Spiel gesetzt.

Man wird über die Medien mit Informationen befeuert, mit vermeintlichen Expertenmeinungen konfrontiert, dass man es schwer hat sich eine eigene Meinung zu bilden. Und wenn man zu einer Meinung gekommen ist, dann findet man sich in einem Lager wieder und es gibt scheinbar nur noch Schwarz und Weiß. Man ist entweder für oder gegen etwas. Eine offene Debatte gibt es nicht. Wenn man sich zum Beispiel mit den Völkern Israels und Palästinas solidarisch erklärt, aber eben nicht für die Kriegsparteien, stehen wir dann auf der falschen Seite? Wir lehnen Krieg als politisches Instrument ab.

Wir fordern deshalb sofort Friedensverhandlungen unter dem Mandat der Vereinten Nationen!

Nicht zu vergessen sind auch die Klimaentwicklung und die anhaltende Klimaerwärmung. Aber wenn man sich die Energiepolitik anschaut, auch unter den Auswirkungen des zu verurteilenden Krieges Russlands gegen die Ukraine, dann wirkt vieles der Politik in der Welt, Europas und eben der Ampelregierung nicht überzeugend.

Die Menschen fragen sich zunehmend, was an dieser Politik noch vernünftig sein soll. Sie spüren, dass sie nicht mehr gefragt werden und selbst der Bundestag wird als oberstes demokratisches Gremium nicht mehr bei politischen Entscheidungen zu Waffenlieferungen oder anderen Formen finanzieller Unterstützung gefragt. Deshalb darf menschliche Wertschöpfung niemals im Interesse kriegerischer Auseinandersetzungen missbraucht werden.

Ja, die Menschen üben zurecht Kritik und sprechen Dinge des Alltages an, wo sie sich im Stich gelassen fühlen. Es gibt Fragen, wo man nicht mehr bereit ist den Antworten der Politik zu glauben. Genau in diese Lücken stoßen Populisten und niemand merkt, dass diese dabei aber nicht wirklich überzeugende Antworten anbieten und trotzdem sind sehr viele bereit, rechtspopulistische Kräften zu folgen.

Das diese Demokratie ein Problem hat wird deutlich, wenn man betrachtet, wie schwer sich die Politik der Regierenden tut, zum offenen faschistischen Gedankengut eine Position zu haben und auch für ihr eigenes Handeln Rückschlüsse zu ziehen, die letztlich überzeugen. Eine andere Politik ist unbedingt erforderlich.

Wir als Partei der Linken fragen uns, ob es unter diesen Bedingungen richtig ist, wenn sich die CDU ähnlich wie andere politische Vertreter unserer Stadt darauf beruft, dass es unter diesen Umständen richtig wäre, sich bei den Diskussionen zum Haushalt zurück zu halten, statt wie wir nach Möglichkeiten zu suchen, wo man im Interesse der Bürger politisch andere Schwerpunkte setzt.

Wir lassen uns unsere politischen Standpunkte nicht vorhalten und schon gar nicht unsere Ergebnisse kaputt machen.

Worum uns viele im gesamten Bundesgebiet beneiden ist vor allem die Qualität unserer kommunalen Daseinsfürsorge. Da steht unser Städtisches Klinikum, welches wir über einen Bürgerentscheid 2004 gesichert haben ebenso, wie die Stadtwerke, die Dessauer Wohnungsbaugesellschaft, der Stadtpflegebetrieb und nicht zuletzt der Eigenbetrieb Dessauer Kindertagesstätten. Wir haben uns auch immer vor die Kultur gestellt und für das Anhaltische Theater gekämpft, so wie wir auch dem neuen Mitteldeutschen Theater den Weg in unsere Stadt geebnet haben. Wir haben nicht nur Hochkultur zur Seite gestanden, sondern auch andere Formen der Kultur und Soziokultur. Ebenso sehen wir nicht nur den Spitzensport, sondern auch den Breitensport. Nicht zu vergessen die große Zahl an Mitgliedern der Gartensparten in und um unsere Stadt.

Es waren unsere Anträge, die sich dem Thema der Retentionsflächen und anderen Themen des Wassermanagements widmeten.

Auch dass es weitere 5 Jahre gegeben hat, in denen Stadtbezirksbeiräte mehr Bürgernähe wagten, und damit ein Instrument der demokratischen Mitwirkung waren, ist uns zu verdanken.

Dass sich im Quartier am Leipziger Tor ein Quartiersmanagement weiter etabliert hat und von den Bürgerinnen und Bürgern auch angenommen wird, ist auch unserer Beharrlichkeit des Kampfes für Stadtteilbeiräte zu verdanken, immer wieder den Finger in die Wunden einer verfehlten Stadtentwicklung zu legen. Stadtumbau hat zu lange nur Abriss bedeutet, wobei man nicht vergessen darf, dass die DWG bis heute durch das Altschuldenhilfegesetz geknebelt ist und die Hauptlast der Abwanderung und Überalterung der Bevölkerung trägt.

Dass es jetzt in der Verwaltung eine hauptamtliche Beauftragte für Kinder und Jugendliche gibt, um die wir über drei Jahre gekämpft haben, ist dabei ebenso ein Erfolg, wie es uns nun hoffnungsvoll stimmt, dass wir damit einer Kinder- und Jugendvertretung deutlich nähergekommen sind.

Was aber diese Abhandlung schließlich belegt ist, dass es untrügliche Ergebnisse linker Politik gibt, die unserer Stadt elementare Potenziale gesichert haben – denn Links wirkt.

**Wir wollen Dessau-Roßlau gestalten – sozial, lebenswert und zukunftsorientiert.
Deshalb keine Stimme den rechtsextremistischen und europafeindlichen Parteien.
Wählen Sie Die Linke, denn wir halten Wort.**

Frank Hoffmann
Vorsitzender des Stadtverbandes
Die Linke Dessau-Roßlau

Unsere Bilanz der Wahlperiode 2019/2024:

- Kulturentwicklungsplanung auf dem Weg gebracht
- OdF-Denkmal Neugestaltung
- Erweiterung des kulturellen Angebotes in der Stadt, Traditions- und Brauchtumpflege (Hugo Junkers, Stadtteilstädte)
- 100 Jahre Bauhaus Allianz der Bauhausstädte Weimar, Dessau, Berlin
- Ehrenpreis Marienkäfer für Kindertagesstätten
- Finanzielle Unterstützung des Leistungssports Handball, Floorball und Volleyball

- Projektgruppe Strategie der städtischen Verwaltung
- Abschaffung der Straßenausbaubeiträge (Initiative "Faire Straßen")
- Die Einführung der leistungsorientierten Bezahlung des Personals im Städtischen Klinikum
- Die Schaffung von Trinkbrunnen in der Stadt
- Gründung des Eigenbetriebes Stadtmarketing
- Quartiersentwicklungskonzept Leipziger Tor

- Erweiterung des Spielplatzes im Schillerpark zum Bürgerpark und Mehrgenerationsspielplatz
- Gestaltung Spielplatzkonzeption der Stadt und ihre Fortschreibung
- Erhalt des Walter-Gropiusgymnasiums durch die Einführung von Schuleinzugsgebieten
- Verhinderung der Schließung Grundschule Hugo Junkers Kleinkühnau
- Erhalt der Jugendeinrichtung in Kochstedt
- Einschulung Kleinkühnau im Technikmuseum

- Ortsentwicklung Kleinkühnau Baugebiet Lobenbreite ökologisch nachhaltig, Verleihung der ersten grünen Hausnummer
- Der schönste ökologische Vorgarten
- Baustein Photovoltaik, Unterstützung Landwirtschaftsgesellschaft Mildensee
- Pestizidfreie Kommune
- Einstellung von „Umweltdetektiven“
- Schaffung von zwei Hundeausläufflächen

- Beibehaltung der Stadtbezirksbeiräte und deren finanzielle Ausstattung
- Durchführung einer Zukunftskonferenz
- 3-D-Modell der Stadtentwicklung Dessau-Roßlau
- Ergänzende Gestaltung des Stadtparkbrunnens (3 Figuren)
- Einforderung eines Entwicklungskonzeptes für Roßlau
- Einsatz für den Erhalt der Schulsozialarbeiter und vieles mehr.
- zügige Planung und Errichtung der Regenbogenschule

Auf Die Linke ist Verlass!

Wir wollen eine lebenswerte und aufblühende Stadt, in der wir uns einfach wohlfühlen können. Das alles muss sozial-, generationsgerecht und nachhaltig sein.

Was wir dazu beitragen und in der kommenden Wahlperiode umsetzen wollen, können Sie hier in unserem Wahlprogramm nachlesen.

Wir werben um Ihre Stimme. Um mit Ihnen mehr für die Stadt und ihre Menschen erreichen zu können.

Unsere Zukunft beginnt jetzt!

I. Unsere Bauhausstadt im Gartenreich braucht eine Zukunftskonferenz und muss deshalb wirtschaftlich innovativer, ökologisch solider, sozial gerechter und weltanschaulich pluraler werden.

Wir Die Linke Dessau-Roßlau setzen auf die Idee der Zukunftskonferenz.

Leitbild, INSEK (Integriertes Stadtentwicklungskonzept) und Masterplan Bauhausstadt prägen unsere Stadt. Bei all den positiven Entwicklungen in unserer Stadt wird deutlich, dass der demographische Prozess uns viel intensiver fordert und wir ideenreicher nach neuen Lösungen suchen müssen.

So wie bisher können wir nicht weitermachen

Jetzt zählen notwendige Schritte der Veränderung.

Die Wirtschaftskraft muss sich deutlich verbessern.

- Investitionen müssen nach dem Gesichtspunkt der ökologischen Nachhaltigkeit, aber auch nach ihrer sozialpolitischen Wirkung bewertet und zur Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt ausgerichtet werden.
- **Ein neues Wirtschaftskonzept für die Stadt Dessau-Roßlau** ist dringend erforderlich.
- Zu einem guten Leben gehört für uns ein auskömmliches Einkommen und die Gewissheit einer solidarischen Unterstützung.
- Um den Menschen Sicherheit und eine Zukunftsperspektive zu geben, ist es notwendig, die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Freizeit durch faire Arbeitszeiten zu fördern.
- Die **Stadtmarketing Gesellschaft (SMG)** soll Voraussetzungen schaffen, um die Potenziale unserer Heimatstadt zukünftig besser zu nutzen und helfen, die Einnahmesituation der Stadt zu verbessern. Wir setzen auf einen Eigenerwirtschaftungsgrad der SMG von mindestens 30 %.
- Die touristischen und kulturellen Potenziale unserer Stadt und Region bedürfen einer stärkeren Produktorientierung, wie die erfolgreichen Beispiele - das Kurt-Weill-Fest, der Gartenreichsommer und den Kultursommer.
- Die aktuelle Situation erfordert die Überarbeitung unseres Verkehrskonzeptes (Verkehrsentwicklungsplan für den Bedarfsfall Ostrandstraße mit zweiter Muldbrücke)

In der **Zusammenarbeit** mit den Akteuren der Fachhochschule Anhalt setzen wir auf folgende Schwerpunkte:

- Errichtung eines Bildungsclusters
- Initiierung und Begleitung von Start-Ups
- wissenschaftliche Begleitung der Stadtentwicklung
- Projektentwicklung Dessau-Roßlau „Stadt mit Zukunft“

Stiftung Bauhaus:

- Verbesserung der praktischen Zusammenarbeit
- Projektentwicklung mit städtebaulichem Modellcharakter

Kulturstiftung:

- Nutzung des historischen Ansatzes für die neuzeitliche Weiterentwicklung des Bereiches Landschafts- und Gartengestaltung mit der FHA - Standort Bernburg
- Projektbegleitung „Rettet die Vorgärten in den Städten“, im Bereich Altstadt Revitalisierung Dessaus, zum Beispiel der Lustgarten

Umweltbundesamt:

- Aufnahme eines Gemeinschaftsprojektes zur Gestaltung eines Umweltclusters für Dessau-Roßlau.

Dessau-Roßlau „Die Umweltstadt“:

- Erstellung eines Projektplanes über den Zeitraum von fünf Jahren
- Nutzung des **Bauhausmuseum** für neue Impulse der Innenstadtquartiere.
- Erstellung einer **Charta der Baukultur** für unsere Stadt, um Maßstäbe für städtebauliche Entwicklung zu setzen. Das soll die Arbeit des Gestaltungsbeirates konkretisieren.

Unsere Schwerpunkte für die Stadtentwicklung sind:

- die erforderliche Grundausstattung technischer, sozialer und kultureller Infrastruktur in allen Quartieren.
- eine **zeitgemäße Ausstattung der Wohngebäude** unter energetischen und städtebaulichen Gesichtspunkten, Neubau und mehr Sanierung
- ein **schnelles Internet** für eine gute Teilhabe an der Information und Kommunikation,
- ein guter Zugang zum **Nahverkehr** für eine uneingeschränkte Mobilität aller Generationen,
- ein **hoher Ausstattungsgrad** der Kinderbetreuung für Krippe, Kindergarten und Hort, einschließlich einer soliden Kooperation mit den Grundschulen, die über gute Lernbedingungen verfügen, eine **wohnortnahe** Sekundar- und Gymnasialschulversorgung,
- eine gute **quartiersorientierte medizinische Versorgung** durch ein Netzwerk von Medizinischen Versorgungszentren mit fachärztlicher Kooperation,
- Schaffung von Bürgerzentren,
- ein Netzwerk von **Jugendeinrichtungen** bedarfsorientiert in der gesamten Stadt.

Die kulturelle Vielfalt unserer Stadt ist zu erhalten und zukunftssicher zu gestalten.

- Anhaltische Theater als Fünfspartenhaus erhalten und die Zukunft des Mitteldeutschen Theaters sichern
- Wir setzen weiter auf eine regionale Kooperation und Beteiligung mit den Landkreisen Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld.
- Die Dachmarke „Bauhausstadt“ muss zur wirtschaftlichen Gesundung der Stadt konkret beitragen.
- Sport und Kultur sind korrespondierende Elemente (Stadtsporthund, Kulturvereine) einer gedeihlichen sozialen Entwicklung unserer Stadt.

Die Bürger- und Zivilgesellschaft wollen wir stärken durch:

- das gleichberechtigte und faire Miteinander aller Weltanschauungen,
- die Einbeziehung aller Generationen in den Prozess der demokratischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung. Das erfordert neue Strukturen und Beteiligungsmöglichkeiten wie:
- Gut vernetzte Stadtbezirksbeiräte, starke Ortschaftsräte, aber auch ein gemeinsam handelnder Stadtrat,
- ein starkes Netzwerk aller Bürger gegen Rechtspopulismus, finanzielle und personelle Sicherung des Netzwerkes „Gelebte Demokratie“,

- Bürgerentscheide als direktes demokratisches Instrument der Mitwirkung an wesentlichen, die Stadt betreffenden Entscheidungen.

Wir fordern die Umsetzung unseres Beschlusses zur Schaffung einer Ehrenamtsbörse.

Wir besitzen alles, was wir brauchen! Nutzen wir es besser!

Soziale Daseinsvorsorge – gesund, sicher und generationsübergreifend leben und wohnen

- Erhalt und der Ausbau einer gut funktionierenden sozialen Infrastruktur.
- Sozialpolitik betrifft Kinder, Jugendliche, Erwerbstätige, Menschen ohne Job und Seniorinnen und Senioren. Die politische und parlamentarische Einbeziehung aller Generationen.
- Deshalb dürfen sich Jung und Alt nicht als Gegensatz begreifen und gegeneinander ausgespielt werden.
- Konzepte sind zu erarbeiten, die der demographischen Entwicklung in unserer Stadt gerecht werden und in denen sich die Kompetenzen aller Generationen bündeln.

Den Seniorenbeirat zu einem Generationenbeirat zu entwickeln.

Für den sozialen Frieden in unserer Stadt ist es wichtig, die Arbeit der Freien Träger auf dem bisherigen Niveau fortzuschreiben und somit die soziale und gesundheitliche Betreuung zu sichern. Trägervielfalt ist ein Garant für Beratungs- und Dienstleistungsvielfalt, deshalb setzen wir uns ein:

- für die langfristige Sicherung der finanziellen Grundlagen der Arbeit der freien Träger und die damit verbundene Aufrechterhaltung der freiwilligen Leistungen auf dem Gebiet der sozialen und gesundheitlichen Beratung und Betreuung,
- für die Sicherstellung der medizinischen Betreuung. Ein leistungsstarkes und kompetentes Angebot verlangt die Bündelung von Selbsthilfegruppen und Beratungsstellen in einem sozialen Netzwerk. In der gegenwärtigen Entwicklung zeigt sich, dass psychosozialen Erkrankungen ein größerer Stellenwert eingeräumt werden muss. Das setzt einen zeitnahen Ausbau der entsprechenden Infrastruktur voraus, wie zum Beispiel einen jugendpsychiatrischen Dienst.
- für den Erhalt unseres Städtischen Klinikums in kommunaler Trägerschaft. Kooperations- und Fusionsoptionen mit den kommunalen Krankenhäusern.
- Eine älter werdende Stadtbevölkerung und die kontinuierlich steigenden Kosten für Pflegebedürftige erfordern dringend wirksame Maßnahmen, ausreichende und bezahlbare Pflegeangebote, für uns gilt: mit Gesundheit macht man keine Profite.
- Wir brauchen dringend mehr ausgebildete Pflegekräfte sowohl für den stationären als auch für den ambulanten Bereich.
- für die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen. Teilhabe darf nicht an finanziellen Erwägungen scheitern. Grundlage unseres Handelns ist der beschlossene Aufgabenkatalog „Barrierefreies Sachsen-Anhalt“ der Partei DIE LINKE. Wir beantragen die Erarbeitung eines Maßnahmenplanes für die Barrierefreiheit unserer Stadt.

Auf Grund der hohen Relevanz sozialpolitischer Themen in unserer Stadt setzen wir uns dafür ein, den bisher beratenden Status des Gesundheits- und Sozialausschusses in den Status eines beschließenden Ausschusses zu setzen.

Um die Benachteiligung von Kindern zu bekämpfen, setzt sich unsere Fraktion dafür ein, dass regelmäßig konkret abrechenbare Handlungsempfehlungen (Maßnahmenpläne) erarbeitet werden.

Unsere Beiträge dazu sind:

- „Ostern im Stadtpark“,
- die Kinderweihnachtsfeier für sozial benachteiligte Kinder
- Auslobung des Preises „Marienkäfer“ an eine KITA, in der sich Eltern und Erzieherinnen in verschiedenen Projekten engagieren.
- Einführung des “Restaurant der Herzen” mindestens einmal im Jahr, wo Persönlichkeiten der Stadt für Bedürftige kochen
- Familiennachmittag am 30. April im Schillerpark
- Wir unterstützen aktiv Bürgerinitiativen im sozialen Bereich

Die Stadt Dessau-Roßlau ist an der Umsetzung der Regelung nach dem SGB II über das Jobcenter beteiligt. Trotz bzw. gerade wegen der Kritik am Bürgergeld setzen wir uns im Stadtrat dafür ein, die Anspruchslage der Betroffenen zu verbessern, soziale Ausgrenzungen und Schikanen auszuschließen.

Deshalb wollen wir unsere Beratungsangebote für Betroffene fortsetzen und erweitern. Wichtig für ein selbstbestimmtes Leben der Bürger ist ein **bezahlbares, warmes, trockenes und sicheres Wohnen**.

- Dies erfordert eine **soziale Sanierungspolitik der Wohnungsunternehmen**, die den demographischen Entwicklungen in unserer Stadt gerecht wird.
- Wir sind gegen Mieterhöhungen wegen Neu- und Weitervermietung, ohne dass eine Wohnraumaufwertung stattfindet.
- Wir fordern nach wie vor die Gründung eines **Mieterbeirates** für unser kommunales Wohnungsbaunternehmen DWG.
- Wohnen ist ein Grundrecht. Wir wollen einer sozialen Spaltung in den Stadtbereichen entgegenwirken.
- Wohnungen und kommunales Eigentum an Grund und Boden sind keine Spekulationsobjekte und gehören nicht verkauft.
- Wir brauchen einen sozial ausgerichteten und barrierefreien Wohnungsbau sowie Mehrgenerationenobjekte und Projekte zum gemeinschaftlichen Wohnen von älteren Bürgerinnen und Bürgern in entsprechen umgebauten Wohneinheiten.

Kultur, Tourismus und Sport weiterentwickeln

Stadtentwicklung, Citymanagement, Kultur, Sport und Tourismus werden zunehmend zu entscheidenden Wirtschaftsfaktoren für unsere Stadt. Deshalb muss die Stadt noch intensiver als bisher mit ihrem kulturellen und sportlichen Angebot werben.

Schwerpunkte sind:

- Verbesserte Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Land Sachsen-Anhalt (Anhaltisches Theater, Georgium)
- Erhöhung der Verweildauer von Touristen

Wir fordern die Fortschreibung des Masterplanes Bauhausstadt mit der Zielsetzung der würdi-

gen Vorbereitung des 100-jährigen Jubiläums der Errichtung des Bauhausgebäudes 2026.

Auch Stadtteilprojekte wie das KIEZ und insbesondere das KIEZ-Kino gilt es zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Dafür setzt sich Die Linke ein:

- Bessere Ausnutzung der Potentiale der „Bauhausstadt im Gartenreich“ und des Biosphärenreservates „Mittlere Elbe“.
- Das Land Sachsen-Anhalt muss zu einer ausreichenden finanziellen Absicherung des Anhaltischen Theaters in die Pflicht genommen werden. Die Rückkehr zur Vollbeschäftigung muss finanziert werden.
- Museen, Archive und Bibliotheken der Stadt dürfen nicht den „Rotstift“ zum Opfer fallen,
- Das kulturelle Erbe gilt es zu bewahren zu pflegen und zu vermitteln, wie zum Beispiel „Lieder gegen das Vergessen“ am 9. November in der Marienkirche.

Die Linke Dessau-Roßlau setzt sich für die Einführung eines halbjährlichen kostenfreien Museums-Tages.

Die Linke will eine ausgewogene kommunale Förderung des Sports. Die Sicherung der unentgeltlichen Nutzung von Sportstätten durch Kinder und Jugendliche im kommunalen Bereich ist dabei von besonderer Bedeutung. Unser Sportentwicklungskonzept bleibt das geeignete Mittel, den Breiten-, Leistungs-, Nachwuchs- sowie den Gesundheits- und Rehabilitationssport in der Stadt fest zu verankern. Der Sport muss Bestandteil der kommunalen Leitbilder sein.

Den **Vereins- und Breitensport** sehen wir als einen Bereich, der unserer ganzen Unterstützung bedarf, vor allem im Kinder-, Jugend-, Frauen-, Familien- und Seniorensport. Im **Bereich des Leistungssportes**, Handball, Floorball und Volleyball in der zweiten Bundesliga, setzen wir auf die Bündelung von Kräften im Interesse der stabilen Entwicklung von Nachwuchs für den Erwachsenenensport.

II. Arbeit, Wohnen, Leben als Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben

Kommunale Arbeitswelt und Wirtschaft

Unsere Doppelstadt Dessau-Roßlau ist auf dem Weg, sich zu einem modernen Verwaltungs-, Dienstleistungs- und Einzelhandelsstandort zu entwickeln. Eine reizvolle, attraktive Landschaft bietet unsere Stadt ihren Besuchern mit den weltweit bekannten UNESCO-Welterbestätten des Dessau-Wörlitzer Gartenreiches und des Bauhauses. Das Umweltbundesamt hat sich gut in unserer Stadt etabliert.

Unsere kommunalen Wirtschaftsunternehmen sind für die Stadt ein wichtiges Element zur **Sicherung der Daseinsvorsorge** und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der Region. Unser kommunalpolitisches Engagement richtet sich auf die Sicherung der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der Unternehmen.

Kommunale Unternehmen müssen ihre Leistungen an den Bürgerinnen und Bürgern ausrichten, wirtschaftlich und transparent arbeiten und ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden. **Die Linke lehnt den Verkauf von kommunalem Eigentum ab.**

In den kommenden Jahren stehen wir vor großen Herausforderungen, den notwendigen Umbau

der Strom- und Wärmeerzeugung sozial gerecht zu gestalten.

Wir sprechen uns für eine Kooperation von kommunalen Unternehmen über Gemeinde- oder Landkreisgrenzen hinaus aus.

Zur Daseinsvorsorge zählen für Die Linke auch starke Sparkassen. Die Vergabe von Krediten an kleine und mittelgroße Unternehmen ist zudem ein festes Standbein der kommunalen Wirtschaft. Wir setzen uns für bezahlbare Kontoführungsgebühren, maßvolle Dispositionskreditzinsen sowie die Bereitstellung von Girokonten für alle Bürgerinnen und Bürger.

Wir werben für Unternehmen, die sich zu Tariflöhnen verpflichten und zur Vergabeordnung bekennen. Für uns ist und bleibt die öffentliche Auftragsvergabe ein wichtiger Steuerungshebel für gute Arbeitsverhältnisse vor Ort.

Die Einwerbung von Neuansiedlungen und die Bestandserhaltung sind wichtige Voraussetzungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt.

Trotz positiver Entwicklungen sind einige der **weichen Standortfaktoren** unserer Stadt durch die Sparpolitik der Landesregierung in Gefahr, wie z. B. das Anhaltische Theater und die Hochschule.

Die Linke setzt sich für die Schaffung eines Kompetenzzentrums Umwelt ein, für die Entwicklung eines ökologischen Verkehrskonzepts gemeinsam mit dem Umweltbundesamt und der Hochschule Anhalt.

Wir fordern und unterstützen:

- die Unterstützung der ortsansässigen Freiberufler, Selbständigen, kleinen und mittelständischen Unternehmen und die Ansiedlung von Dienstleistungs- und gewerblichen Betrieben.
- eine aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, sowie die Einrichtung eines Investorenservices, einschließlich der Integration neuer Mitbürger
- ein gemeinsames Gewerbemanagement mit den umliegenden Gemeinden.
- die Vernetzung von wirtschaftlichen Ressourcen mit den Landkreisen Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld
- die Einführung eines Grundwasser- und Gewässermanagements
- den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien unter verstärkter Einbeziehung kommunaler Unternehmen und Bürgerbeteiligungen.
- das UNESCO-Biosphärenreservat, das Weltkulturerbe des Dessau-Wörlitzer-Gartenreiches in der ökologischen Zukunftsfähigkeit zu bewahren. Die Biotopregion der Region Anhalt sind über die Kreisgrenzen hinweg durch Biokorridore zu vernetzen.
- den weiteren Ausbau der Kapazitäten der schnellen Internetverbindungen sowie des Angebots von kostenlosem WLAN
- eine ICE-Anbindung für das Oberzentrum Dessau-Roßlau

Für die Entwicklung unserer Stadt Dessau-Roßlau sehen wir **bei den Investitionen folgende Prioritäten:**

- Fortsetzung der Modernisierung und Renovierungen von Schulen und Kindereinrichtungen
- Bau der Ortsumgehung Roßlau und Festhalten an der Ortsumgehung Mosigkau
- Ausbau der Infrastruktur und des Internet-Netzes
- Fortsetzung der Maßnahmen zum zeitgemäßen Hochwasserschutz

III. Dessau nachhaltig – sozial, ökologisch und bürgernah

Wir wollen Dessau-Roßlau gestalten – sozial, lebenswert, zukunftsorientiert und die Teilnahme der Menschen am gesellschaftlichen Leben der Stadt sichern. Langzeitarbeitslosigkeit, niedrige Einkommen, schmale Renten, steigende Preise, Inflation, hohe Mieten und andere Beeinträchtigungen, grenzen Menschen aus. **Deshalb muss alles gerecht und nachhaltig sein.**

Dabei brauchen wir Sie mit Ihrer Wahlentscheidung für die Partei Die Linke.

Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Krisensituation gefährden Preissteigerungen und Inflation den Erhalt der demokratischen Zivilgesellschaft.

Wir wollen, dass sich mehr Menschen für unsere Stadt begeistern.

Die Anbindung Dessau-Roßlaus an das Bahnnetz bleibt eine unserer zentralen Forderungen. Für uns zählt die Vernetzung der Angebote zur Attraktivität des ÖPNV und zur Realisierung der Vernetzung der Metropolregion?

Menschen mit Behinderungen, wie auch mobilitätseingeschränkte Menschen müssen problemlos am Leben unserer Stadt und der Region teilhaben können. Wir setzen uns ein, dass bei baulichen Maßnahmen die Barrierefreiheit ein entscheidendes Prüfkriterium ist.

Mobilität ist für uns ein Grundrecht.

Wir setzen uns ein für die Innenstadtquartier wie zum Beispiel am Leipziger Tor. Die Innenstadt könnte bei der Revitalisierung des Wohnungsbestandes erheblich profitieren, wenn junge Menschen preiswert Wohnraum finden, wir diese schlicht sanieren und für die Eigengestaltung freigeben.

Der Unterhalt des bestehenden Straßennetzes und die Verbesserung des Rad- und Fußwegenetzes haben für uns eine eindeutig höhere Priorität als der Straßenneubau.

Wir wollen das ökologische Profil unserer Stadt schärfen und die Menschen mitnehmen und beteiligen. Die Förderung naturnaher Gärten muss ebenso dazu gehören wie die Entwicklung insektenfreundlicher Grünstreifen und weitere Maßnahmen, gemeinsam mit dem Stadtverband der Kleingärtner und den Umweltverbänden. Reine Schottergärten sollen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten zukünftig verhindert werden.

Weitere naturschutzfachliche Themen, die in unserer Stadt mehr Aufmerksamkeit als bisher brauchen, sind u. a. der Baumschutz und der Amphibienschutz.

Unser Leitbild „Die Bauhausstadt im Gartenreich“ verlangt die unmittelbare Beteiligung der Bürgerschaft in Ortschaftsräten und auch in den Stadtbezirksbeiräten.

Die Linke steht für Generationengerechtigkeit.

Junge Menschen sind unsere Zukunft.

Es geht um Perspektiven für Familien. Nur wenn Angebote wie Kinderbetreuung, Schule, Vereine in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen und der Jugendclub nebenan ist, werden sich Menschen für Dessau-Roßlau als Lebensort entscheiden. Für uns zählt es zu Grundverständnis, dass jedes Kind einen Anspruch auf einen wohnortnahen Kita-Platz hat.

Der Teilplan Jugendhilfe ist zu qualifizieren und fortzuschreiben. Die Mitwirkung junger Men-

schen durch eine Kinder- und Jugendvertretung ist aufzubauen. Hierbei muss die neue eingesetzte Kinder- und Jugendbeauftragte der Stadt gestaltend mitwirken.

Die **mittelfristige Schulentwicklungsplanung (SEP)** in Dessau-Roßlau verstehen wir als ein auf die Bildungsbedürfnisse der Kinder und Jugendlichen abgestimmtes Netz von Schulen unterschiedlicher Schulformen, Schulstufen und Schularten.

Dabei sind wohnortnahe Bildungsangebote, vor allem im Grund- und Sekundarschulbereich („Kurze Beine – kurze Wege“), vorzuhalten und die Möglichkeiten zur regionalen Kooperation zu nutzen.

Wir als Linke favorisieren weiterhin das Gemeinschaftsschulmodell. Gemeinsames Lernen von der ersten bis zwölften Klasse. Von unserer Forderung eines bundesweit einheitlichen Bildungssystems rücken wir nicht ab.

Eine Schule muss barrierefrei sein.

Wir fordern Schulsozialarbeiter an jeder Schule. Die Finanzierung der Schulsozialarbeit soll dauerhaft und zu 100 Prozent durch das Land getragen werden.

Der Hochschulstandort Dessau-Roßlau verlangt eine konsequente Weiterentwicklung zu einem universitären Standort.

Bibliotheken, Musikschulen, Volkshochschulen wollen wir sichern und erhalten.

IV. Bürgerkommune alltagstauglich und praxisnah

Eine **kommunale Selbstverwaltung** lebt davon, dass sich die Bürgerinnen und Bürger vor allem an den Entscheidungsprozessen, die ihr Leben unmittelbar berühren, beteiligen und sich für die Stadt engagieren. Was wäre Kommunalpolitik ohne die vielen ehrenamtlich tätigen Frauen und Männer im Stadtrat, in den Vereinen, Verbänden und Initiativen? Deshalb setzen wir uns für eine Stärkung und eine Würdigung des Ehrenamtes ein.

Die Linke steht für die weitere Ausgestaltung der **Bürgerkommune**.

- Das bedeutet, dass die Einwohnerinnen und Einwohner einerseits stärkere Möglichkeiten erhalten, aktiv die Entscheidungsprozesse ihrer Stadt zu beeinflussen und andererseits, dass auch die Rechte der gewählten Mandatsträger gegenüber der Verwaltung gestärkt werden. Die Umsetzung dieser Zielstellung bedingt eine qualifizierte, finanzielle, personelle und materielle Ausstattung der Fraktionen und der einzelnen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.
- Wir setzen auf die Fortsetzung der Arbeit mit den Stadtbezirksbeiräten, die seit ihrem Bestehen von den Bürgern in der Kernstadt zunehmend angenommen und begleitet werden.
- Wir sind für die Stärkung der unmittelbaren **Bürgerbeteiligung durch Bürgerversammlungen** und Bürgerentscheide.
- Ein entscheidendes Kernelement der Bürgerkommune kann der **Bürgerhaushalt** sein.

Die Linke fordert sowohl auf Landes- sowie auf Bundesebene eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen ein (**Finanzreform**).

Das auf Grund unserer Forderung eingeführte **Ratsinformationssystem** und das **Bürgerinformationsportal** ist ein inzwischen etablierter Baustein für ein **gläsernes Rathaus**. Für mehr

Transparenz in der Arbeit des Rates und der Verwaltung bedarf es einer öffentlichen Beschlusskontrolle.

Mehr Gewicht auf die Entwicklung der Stadtquartiere legen

Das heißt:

- Verbesserung des Wohnumfeldes, der Straßen und Plätze sowie der öffentlichen Grünbereiche.
- Neubebauung freier Flächen, auch besonders mit barrierefreien/barrierearmen Wohnungen, vor allem geeignet für Senioren und für Menschen mit Behinderung zur Unterstützung deren Selbstständigkeit
- Stabilisierung der Nahversorgung

Zur Öffentlichen Sicherheit und Ordnung gehören

- Angebote des öffentlichen Nahverkehrs schaffen für Menschen, die aus Alters- oder Gesundheitsgründen freiwillig ihren Führerschein abgeben
- Qualifizierter Ausbau eines Netzwerkes von Ladestationen für Elektroautos, um diese für die Nutzung in der Stadt attraktiver zu gestalten
- Intensivierung der Verkehrskontrollen an stark frequentierten Straßen.
- Bereitstellung von ausreichenden finanziellen Mittel für Ausrüstung und Weiterbildung bei den Feuerwehkräften
- Maßnahmen ergreifen für mehr Sauberkeit in der Stadt z.B. Bereitstellung von Papierkörben und mehr Kontrollen durch das Ordnungsamt
- Sichere Schulwege, sichere Fahrradwege und eine verkehrsarme Innenstadt sind für die Entwicklung eines Stadtzentrums mit Aufenthaltscharakter entscheidend und eine echte Alternative zum Individualverkehr

Politische Auseinandersetzungen sollten auf Basis von Debatten und Gesprächen stattfinden.

Es gilt daher, sich von jeder politischen Gruppierung abzugrenzen, die Gewalt und Hetze gegen Andersdenkende sowie gegen Ordnungskräfte betreibt.

Landtagsticker zur Landtagssitzung am 20. und 21. März (Teil 2)

Rassismus bekämpfen – Betroffene schützen – Willkommensgipfel einberufen

Bundesweit melden Opferberatungsstellen einen massiven Anstieg rassistischer Straf- und Gewalttaten, Beleidigungen und Übergriffe auf tatsächliche oder vermeintliche Migrant:innen, Geflüchtete und Asylsuchende. Bereits im letzten Jahr wies die Jahresbilanz der Mobilen Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Sachsen-Anhalt auf die besorgniserregende Situation hin.

Es gibt Gesprächs- und Netzwerkformate auf Landesebene, deren Expertise und Vorschläge künftig stärker als bisher in politische Entscheidungen und konkrete Maßnahmen überführt werden sollen, so der Antrag der Fraktion Die Linke (Drs. 8/3879). Eine Vielzahl von Studien aus dem Bereich Migrationsforschung, aber auch aus dem Bereich der Einstellungsuntersuchungen verweisen zudem auf dringend nötige Maßnahmen der interkulturellen Öffnung, der Vereinfachung und Beschleunigung der Arbeitsweise von Ämtern und Behörden und zur Bekämpfung von gesellschaftlichem Rassismus als Voraussetzung für gelingende Zuwanderung auch und insbesondere von Arbeits- und Fachkräften. Sachsen-Anhalt wird bis zum Jahr 2030 einen massiven Bedarf an Arbeitskräften haben, der nur dann zu bewältigen sein wird, wenn deutlich mehr Menschen nach Sachsen-Anhalt zuwandern. Die IHK Magdeburg hat zahlreiche Maßnahmen aufgelistet, die aus ihrer Sicht notwendig wären, um

Sachsen-Anhalt für Zuwanderung fit zu machen.

Henriette Quade, innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, betonte in der Landtagsdebatte um Bekämpfung von Rassismus: „In Sachsen-Anhalt leben im Bundesvergleich besonders wenige Migrant:innen – aber sie erleben besonders häufig rassistische Angriffe. Jede Bedrohung von Menschen durch Rassismus, Antisemitismus oder andere Motive der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verletzt die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Unabhängig davon, ob die Betroffenen den Erwartungshaltungen an Integrationsleistungen entsprechen oder nicht, welchen Aufenthaltsstatus sie haben und ob sie dauerhaft oder nur temporär hier leben, haben sie das Recht auf Schutz und Sicherheit vor rassistischen Übergriffen.“

Das erfordert zum einen konkrete sicherheitspolitische Maßnahmen und Instrumente, die sicherstellen, dass rassistische, rechte, antisemitische Straftaten mit allen zur Verführung stehenden Mitteln verfolgt werden. Eine Evaluation der Umsetzung der Richtlinie zur Verfolgung politisch motivierter Kriminalität ist deshalb genauso nötig, wie Maßnahmen auf polizeilicher Ebene. Es braucht die Sensibilisierung für die Belange des Opferschutzes, die Sicherstellung der polizeilichen Informationsflüsse und ein fortwährend aktualisiertes Lagebild zur Gefährdung von Geflüchtetenunterkünften und weiteren besonders gefährdeten Einrichtungen.

Als Linke wollen wir an dieser Stelle deutlich machen, dass wir nicht bereit sind, uns mit diesem Zustand abzufinden, dass wir alles tun, um Betroffene besser zu schützen. Wir

haben im Landtag intensiv über die Vertreibungspläne der extremen Rechten gesprochen, die nicht neu sind, aber mit den Correctiv-Recherchen für alle sichtbar geworden sind. Rechte, rassistische, antisemitische Gewalt steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der gewaltvollen Rhetorik, die wir auch hier im Landtag seit Jahren immer wieder von der extremen Rechten hören, sie wird von ihr befeuert und sie ist genau das, was darunter zu verstehen ist, wenn Politiker der AfD wie Herr Siegmund davon sprechen, es Menschen „so unbequem wie möglich zu machen“.

Eine starke und eine notwendige Antwort auf diese Absicht und auf die alarmierende Angriffsstatistik wäre ein Bleiberecht für Betroffene rechter, rassistischer, antisemitischer, oder anderer vorurteilsmotivierten Gewalttaten. Denn es sendet entscheidende Botschaften an Betroffene und Täter: Es bietet den Betroffenen Schutz und Sicherheit nach traumatischen Gewalterfahrungen, es symbolisiert Solidarität und es bedeutet, dass die Gewaltakte nicht zum gewünschten Ergebnis führen, sondern die Betroffenen gestärkt werden.

Die Linke schlägt vor, dass der Ministerpräsident ein solches Zeichen setzt und zu einem aktuellen Austausch einlädt, um ihre Problemwahrnehmung, ihre Sicherheit, ihre aktuellen Bedürfnisse und mögliche Unterstützungsmaßnahmen in den Mittelpunkt des Interesses der Landesregierung zu stellen. Es ist den Täter:innen egal, ob die Betroffenen als Fachkraft im Krankenhaus, als Paket- oder Essenslieferanten, als Erzieherin oder Lehrerin, bei internationalen Konzernen wie Intel oder gar nicht arbeiten. Wenn es uns nicht gelingt, Rassismus zurückzudrängen und gesellschaftliche Stimmung gegenüber Zu-

wandernden und Migrant:innen zu verändern, dann ist das nicht nur fatal, für die Gesellschaft, in der wir leben – es wird auch jede Strategie zur Anwerbung von Fachkräften scheitern lassen.

Sachsen-Anhalt verliert bis zum Jahr 2030 ca. 300.000 Arbeitskräfte. Einen Mangel an Fachkräften spüren die Unternehmen an vielen Stellen bereits jetzt dramatisch, und auch, dass eine starke extreme Rechte, die das Leben von Menschen bedroht, damit auch die Zukunft dieses Landes bedroht, weil sie Menschen davon abhält, hierher zu kommen. Die Personalabteilungen der Unternehmen können noch so gute Werbung machen, wenn es unmöglich ist, einen Termin in der Ausländerbehörde zu bekommen, wenn alles, was die Antragsteller von dort schnell mitnehmen können Abwehr ist, wenn es nicht möglich gemacht wird, in Englisch zu kommunizieren in einer Behörde, die für Menschen da sein soll, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, dann bleibt Sachsen-Anhalt Zuweisungsland. Wir brauchen einfachere und schnellere Amtswege, den Abbau unnötiger Bürokratie und einen grundlegenden Wandel aller für Zuwanderung zuständigen Behörden hin zu Servicestellen.

Wir brauchen eine Zuwanderungs- und Bleibestrategie für Sachsen-Anhalt und wir wollen, dass die Landesregierung sie zusammen mit den Migrantenselbstorganisationen, den Fachstellen zur Beratung migrantischer Arbeitskräfte, den Arbeitgeberverbänden und der Wissenschaft entwickelt und dazu einen Willkommensgipfel initiiert.

Es ist absurd, einerseits einen Mangel an Arbeitskräften zu beklagen und aufwendige Kampagnen zu entwerfen, damit Menschen herkommen, um hier zu arbeiten und gleichzei-

tig Menschen, die da sind, den Zugang zum Arbeitsmarkt und zum auch dafür nötigen Spracherwerb zu verweigern. Egal, auf welchem Weg jemand nach Sachsen-Anhalt gekommen ist, alle sollen die Chance bekommen, Deutsch zu lernen und eine Arbeit aufzunehmen und darüber auch den Weg in einen dauerhaften Aufenthalt gehen können, auch wenn kein Asylgrund vorliegt.“

Für eine moderne Cannabispolitik

Das neue Cannabisgesetz der Bundesregierung wolle, so die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die negativen Folgen der aktuellen Verbotspolitik verringern (Schwarzmarkt, Kriminalisierung von Kleinkonsumenten, Arbeitsbelastung der Justiz). In einer Aktuellen Debatte will die Fraktion dafür werben, das Cannabisgesetz auch im Bundesrat zu beschließen, um die Handlungsfreiheit mündiger Bürgerinnen und Bürger zu stärken, indem Besitz, Anbau und Erwerb von Cannabis innerhalb klar definierter und reglementierter Vorgaben erlaubt würde.

Nicole Anger, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, führte in der Landtagsdebatte um die Legalisierung von Cannabis aus: „Die Verbotspolitik der letzten Jahre hat gezeigt, dass dies nicht dazu führt, Menschen vom Konsum von Cannabis abzubringen. Das Verbot von Cannabis führte nicht dazu, dass nicht konsumiert wird. Die Verbotspolitik hat dazu geführt, dass auch der Schwarzmarkt stetig anwachsen konnte. Außerdem wurden durch die bisherige Gesetzeslage viele Personen kriminalisiert, weil der THC-Wert auch noch Tage und Wochen im Blut nachweisbar ist, obwohl die rauschende Wirkung längst nicht mehr vorhanden ist. Dann setzen langwierige Verfahren ein, es folgen Fahrverbote bis hin zu

Jobverlusten. Cannabis-Konsum muss bewusst und achtsam erfolgen. Das gelingt nur mit Aufklärung und Prävention. Die Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken markiert im Bereich der Gesundheits- und Drogenpolitik einen langsehnten Bruch mit der althergebrachten Verbotspolitik der Vorgänger-Regierungen. Als Linke begrüßen den längst überfälligen Schritt, der Weg führt von einer Politik der Bevormundung und Drangsalierung und hin zu einer gesundheitsschutzorientierten Freigabe von Cannabis an Volljährige.

Die Bundesregierung versäumt es, eine umfassende Entkriminalisierung zu schaffen. Eine zu repressive Gesetzgebung birgt das Risiko, das alte Probleme der Prohibition fortbestehen bzw. gesetzte Ziele verfehlt werden. Aber noch unverständlicher ist es, dass einige Länder nun über den Bundesrat noch gegen das Inkrafttreten vorgehen wollen. Da kann man sich ja fast freuen, dass manche SPD-Vertreter:innen wie auch die Gesundheitsministerin dieses Landes nur eine Verschiebung des beschlossenen Gesetzes um sechs Monate fordern. Aber was bitte soll denn in sechs Monaten anders sein?

Gesundheits- und Jugendschutz haben für uns Priorität. Strafverfolgung gehört eingestellt, wo Dealer an Minderjährige verkaufen. Wir brauchen flächendeckende Aufklärungs-, Präventions- und Therapieangebote sowie eine Forschungsförderung der gesundheitlichen Folgen von Cannabis. Finanziert aus den dafür zweckgebundenen Steuereinnahmen. Eine anständige Prävention schützt Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene – und zwar vor allem vor dem Dreck auf dem Schwarzmarkt. Denn das schadet der Gesundheit! Jetzt gilt es, Dampf zu machen und das Gesetz zum 1. April in Kraft treten lassen!“

Termine April/Mai 2024

Termine Stadtverband: Karlstraße 4

22.04.2024 16.00 Uhr BO-Beratung
17:30 Uhr Beratung Stadtvorstand

Fraktionssitzungen:

Geschäftsstelle, Waldersee 17:30 Uhr

15.04.2024, 29.04.2024, 13.05.2024, 27.05.2024

Stadtratssitzungen, Saale der DVV 16:00 Uhr

17.04.2024, 15.05.2024

Weitere Termine:

16.04.2024, Thälmann-Ehrung

10:00 Uhr Gropius-Allee
16:00 Uhr Törten am Stein

26.04.2024, Quartiersfest „Am Leipziger Tor“

von ca. 14:00 Uhr -17:00 Uhr, Beteiligung an einer 3,5 km langen Wimpelkette um das Quartier (Stand „LINKE“)

27.04.2024, „Nie wieder 1932“ Demonstration

13:00 Uhr Hauptbahnhof Dessau,
Bündnis Dessau Nazifrei

01. Mai 2024

11:00 bis 14:30 Uhr, Marktplatz Dessau-Roßlau
Veranstaltung des DGB: EINTRETEN FÜR DIE #TARIF-
WENDE, MEHR LOHN FREIZEIT SICHERHEIT

01.Mai 2024 Linker Frühling im Stadtpark“

ab 14:30 Uhr mit Kuchenbasar, Tanzgruppe „Showtime“,
DJ Kevin u.v.a.

08. Mai 2024, Tag der Befreiung Ehrung am OdF

16:00 Uhr, danach auf dem Friedhof III Ehrung der
Zwangsarbeiter*innen mit Dessau Nazifrei

Glückwünsche

Antje Tietze zum 55. Geburtstag
Jutta Appis zum 85. Geburtstag
Daniel Richter zum 50. Geburtstag
Thomas Weikert zum 60. Geburtstag

DIE LINKE.

Regionalgeschäftsstelle Anhalt
Stadtverband Dessau-Roßlau
Karlstraße 4
Telefon (015 77) 589 50 59
e-mail: info@dielinke-dessau-rosslau.de
Internet: www.dielinke-dessau-rosslau.de

Sprechzeiten

Dienstags 9.00 bis 14.00 Uhr
Freitags: 9.00 bis 12.00
Ansprechpartner Vorstand
Telefon (015 77) 589 50 59
Ansprechpartnerin für die Region Anhalt
Stine Rummel-Strebelow
nach Vereinbarung
(015 77) 589 50 59

Spendenkonto

IBAN: DE83800535720039005640
BIC: NOLADE21DES
Stadtsparkasse Dessau
Fraktion der Partei DIE LINKE. im
Stadtrat Dessau-Rosslau
Alte Mildenseer Straße 17
Tel/Fax: (03 40) 220 32 60
E-Mail: fraktiondl@datel-dessau.de

Herausgeber:

Stadtverband DIE LINKE. Dessau-Roßlau

Redaktion:

Karin Stöbe, Marie-Renate Bauer, Monika
Andrich und Johannes Hühnel
ViSdP: F. Hoffmann

Post an dieRedaktion:

typisch@dielinke-dessau-rosslau.de

Für den Inhalt, die Rechtschreibung und
die Grammatik der Artikel sind die Autoren
verantwortlich.

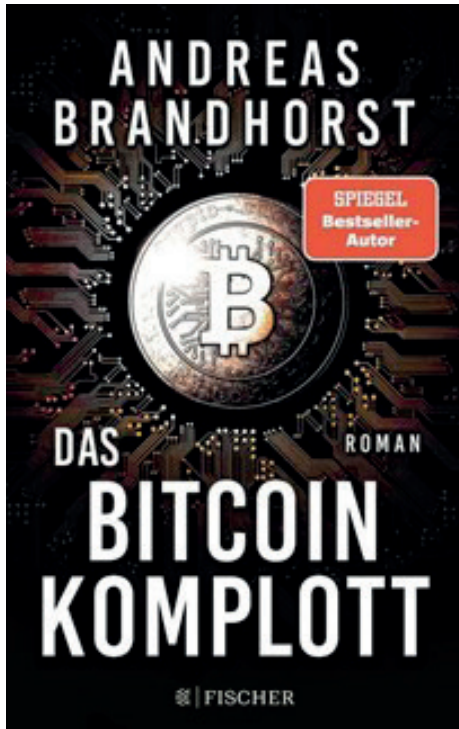
Die Mitarbeit weiterer Autoren ist er-
wünscht.

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen
zum Ausdruck gebrachten Auffassungen
müssen nicht mit denen der Redaktion
übereinstimmen.

Preis: Spende

**Zeit für
Gerechtigkeit,
Zeit für Haltung.**

Andreas Brandhorst Das Bitcoin-Komplott: Roman



Der neue Wirtschaftsthiller zur Bitcoin-Revolution. Von Bestseller-Autor Andreas Brandhorst. Die Weltwirtschaft schlittert in die Krise. Eine Gruppe Investoren rund um den Finanzmagnaten Francis Forsythe attackiert die angeschlagenen Notenbanken, um Bitcoin als neue Leitwährung durchzusetzen. Doch die alten Mächte wehren sich mit allen Mitteln. Der Schlüssel zu Erfolg und Misserfolg liegt in der Geschichte und hat mit Satoshi Nakamoto zu tun, dem Erfinder der Digitalwährung, dessen Identität noch immer ein Geheimnis ist. Als Martin Freeman, Journalist und Buchautor, ihm durch einen Zufall auf die Spur kommt, gerät er in größte Gefahr.

Biografie des Autors

Andreas Brandhorst, geboren 1956 im norddeutschen Sielhorst, zählt mit Thrillern wie »Das Erwachen« und »Das Bitcoin-Komplott« und Science-Fiction-Romanen wie »Das Schiff« und

»Omni« zu den erfolgreichsten Autoren unserer Zeit. Spektakuläre Zukunftsvisionen sind sein Markenzeichen. Für sein Werk erhielt er zahlreiche Literaturpreise. Andreas Brandhorst hat dreißig Jahre in Italien gelebt und ist inzwischen in seine alte Heimat in Norddeutschland zurückgekehrt.

Interview

Herr Brandhorst, seit wann beschäftigen Sie sich mit dem Thema Bitcoin?

Zum ersten Mal aufmerksam geworden auf Bitcoin bin ich 2011 oder 2012. Damals dachte mir: Eine digitale Währung, interessante Sache, wer weiß, was daraus werden könnte? Wenn ich doch nur klug oder geistesgegenwärtig genug gewesen wäre, vor zehn Jahren hundert oder fünfhundert Bitcoin für wenig Geld zu kaufen und einfach in der Wallet liegen zu lassen, dann wäre ich heute Multimillionär. Der Gedanke, Bitcoin zum Thema eines Romans zu machen, kam mir 2019, als ich mich eingehender damit beschäftigte, außerdem auch mit der Geschichte des Geldes und dem Auf und Ab wirtschaftlicher Entwicklungen und ihrer Zyklen. Ich hatte bereits andere Romane über die neue technologische Revolution geschrieben, die über unsere Gesellschaft hinwegrollt, und mir wurde klar: Bitcoin und die Blockchain sind Teil dieser Revolution und werden das Finanzwesen unserer Welt völlig umkrempeln.

In Ihrem Roman geht es unter anderem darum, dass sich die Staaten gegen den Bitcoin wehren. Werden wir auch in der Realität an den Punkt kommen?

Den Punkt haben wir bereits erreicht. Immer wieder bringen sich Notenbanken, Minister und Regierungschefs in Stellung gegen den Bitcoin, weil seine

Marktkapitalisierung und damit sein Einfluss wächst. In Zukunft wird das noch viel häufiger geschehen. Wir werden immer wieder hören, wie »schmutzig« (nicht nur in Hinsicht auf das Klima) Bitcoin ist und dass er hauptsächlich von Verbrechern genutzt wird usw. In Wirklichkeit geht es den sogenannten Eliten um die Verteidigung ihrer alten Machtstrukturen, denn sie wissen genau: Wenn die Währung von staatlicher Kontrolle entkoppelt wird, bleibt von ihrer Macht nicht mehr viel übrig. Wer über das Geld bestimmt, hat die Macht.

Wenn es einen Gedanken gibt, den die Leserin oder der Leser aus der Lektüre Ihres Buches mitnehmen sollte, was wäre das?

Dass wir in einer Welt leben, die sich rasend schnell verändert, schneller als jemals zuvor. Dass wir mitten in einer technologischen Revolution stecken, die viel größer ist als alle Revolutionen zuvor in der Menschheitsgeschichte. Wir leben in einer Zeit, die zukünftige Geschichtsbücher vielleicht einen Wendepunkt in unserer Historie nennen werden.

Pressestimmen

Das Buch kombiniert die bekannten Stärken des Autors: intensive Recherche zum Thema und spannende Erzählweise. (Markus Steinmayr, Der Freitag)

Immer wieder begeistert Andreas Brandhorst seine Leser mit rasanten Wissenschafts- und Science-Fiction-Thrillern. In dem Roman »Das Bitcoin-Komplott« wirft er explosive Fragen auf [...]. (Emmanuel van Stein, Kölner Stadt-Anzeiger)

FISCHER Taschenbuch
Sprache: Deutsch
Broschiert: 608 Seiten
ISBN-13: 978-3596707195